

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 20.

Sonnabend, den 19. Mai 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen.

**Frankenfeld.** Der Streik im Steinbruch Wiedenthal ist zu unseren Gunsten beendet.

**Kassel.** Der Streik ist zu unsern Gunsten erledigt. Der Stundenlohn wurde von 50 auf 60 bzw. 65 Pfg. erhöht. 8 Kollegen sind noch nicht untergebracht, deshalb ist Zuzug fernzuhalten. Gesperrt sind die Firmen Holzmann, Arndt, Stter, Brühl und Lehmann.

**Deutscher-Brandis.** Am 2. Mai traten über 400 Verbandsmitglieder in den Streik. Seit über 100 Mann sind schon abgereist. Der Steinarbeiterverband kommt mit 250, der Fabrikarbeiterverband mit 150 Mitgliedern in Frage. Herr Freizer hat in Putschsteinbüren (Ober-Osterr.) 20 Leute, meistens Kroaten, angeworben und denselben nicht mitgeteilt, daß seine Leute streifen. Zehn der Angeworbenen haben die Arbeit nicht aufgenommen, sondern beim Amtsgericht Grimma Klage erhoben auf Entschädigung für die Rückfahrt sowie den entstandenen Lohnausfall. Für die Streikenden ist die Situation äußerst günstig. Alle Arbeitsangebote der hiesigen Firmen sind strengstens abzuweisen. Die in Frage kommenden Granitsteinbruchbesitzer heißen: Günther u. Fiedler, Daul u. Tollert, Hartwig, Klethen und Freizer. Im Streik stehen sämtliche Steinmehlen, Pflasterer, Schroter und Bohrer. (Siehe Artikel).

**Weglar a. d. Sahn.** 18 Steinmehlen stehen im Streik.

**Calmar i. Ostf.** Zuzug fernhalten.

**Alschaffenburg.** Der Werkplatz Deutsche Steinwerke ist gesperrt.

**Welsbach und Umgebung.** Zuzug ist streng fernzuhalten.

51 Mann stehen im Mainhardsteinwerk im Streik.

**Bruckmühl (Oberbayern).** Bei der Firma Köhner sind am 6. Mai 44 Kollegen in den Streik getreten. Herr Köhner sucht Steinmehlen und Schleifer in bürgerlichen Blättern. Desgleichen werden vom Steinmehlemeister Herrn Maier in Erding Steinarbeiter gesucht. Die Streikleitung vermutet, daß Herr Maier für die Firma Köhner Arbeit liefert. Also Vorsicht bei Arbeitsangeboten.

**Steinm.** Bei der Firma Dickerhoff u. Neymann (Bruch Steinm.) wurden 10 Mann wegen Verbandsangehörigkeit gekündigt.

**Osnaabrück.** Streik beendet. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der Stundenlohn von 40 auf 45 Pfennig erhöht. Also einen vollen Erfolg erzielten die Kollegen.

**Oberbillingshausen.** Hier stehen 25 Kollegen im Streik.

**Alsenz.** Von den 171 in den Streik getretenen Kollegen sind jetzt bloß noch ca. 30 zu unterstützen. Die Situation steht für uns günstig. Die Unternehmer versuchen alles, um die in den Streik getretenen aber anderweitig untergebrachten Kollegen wieder aus der Arbeit zu drängen.

**Dortmund.** 58 Kollegen traten vorige Woche in den Ausstand. Abgereist sind davon circa 20 Mann.

**Lindenfels (Odenwald).** Sämtliche Filialbetriebe der Firma Kreuzer u. Böhringer sind gesperrt.

**Reinheim (Odenwald).** 18 Kollegen stehen im Streik. Ein Herr Frohmann wurde, um Streikbrecher anzuwerben, ins Fichtelgebirge entsandt.

**Gesperrt sind in Dürkheim:** Blas Fickel, Emden: Blas Klesmann, Ruppertsdorf: Granit-Drachtwerke, Verbersdorf-Rohwein: Granitwerk Herzner, Lößelün: Porphyroverf, Klein-Heubach a. Main: Kaiser-Steinbruch-Aktiengesellschaft, Greifswald: Blas Jagdmann, Emmendingen: Blas Dieselbacher und Ranbach, Leimen: Kunststeinfabrik, Palmbach: Blas Kaviol, Ringelbach bei Kappelrodeck: Rüh und Leonhold.

**Schweiz.** Die über die Sandsteinindustrie kürzlich verhängte Landesperre für die Schweiz ist wieder aufgehoben. Die Orte St. Gallen und St. Margrethen bleiben jedoch vorläufig noch weiter gesperrt. Zudem jedoch noch in den meisten Orten der Sandsteinbranche Mangel an Arbeit herrscht, warnen wir unsere ausländischen Kollegen vor Zuzug. — In Basel ist die Marmorwerkstatt Uhlmann gesperrt.

**Süttö (Ungarn).** Der Streik in Süttö dauert nun schon drei Wochen, ohne Hoffnung auf baldige Erledigung. Zu den 150 Streikenden in diesem Orte haben sich noch weitere 130 Mann der umliegenden Orte notgedrungen zugesellen müssen. Es kommen somit gegen 300 Mann in Betracht. Wir bitten, den Streikenden durch materielle Mittel behilflich zu sein. Gelder sind an Rob. Kolbe, Zürich, Elisabethstraße 28, zu senden.

Bei unsern Streiks ist es nötig, daß die Ledigen bedacht sind, sofort nach Proklamierung des Kampfes den Streikort zu verlassen. Wir ersuchen die Kollegen deshalb allerorts, die aus Streikorten kommenden Verbandsmitglieder bei der Beschaffung von Arbeit und Logis usw. weitmöglichst zu unterstützen. Wir haben mit den Unternehmern momentan gewaltige Kämpfe durchzuführen, und da ist es notwendig, daß unter den Verbandsmitgliedern das Gefühl der Kollegialität und Solidarität besonders stark zum Ausdruck gebracht wird.

## Scharfmacher-Allüren.

War es vor nicht allzu langer Zeit noch Brauch, daß deutsche Großindustrielle den gegen die Arbeiter gerichteten Bestrebungen ein arbeiterfreundliches Mäntelchen um-

hängten, so ist man von solcher Drapierung allgemach zurückgekommen. Die Arbeiter durchschauen die Heuchelei, lachen darüber und sorgen für Aufklärung auch in den Kreisen, die sich bis dahin etwa noch betören ließen. Die Unternehmer aber zogen die Konsequenz aus der proletarischen Erkenntnis und kehrten in ihren Organisationen mit erschütternder Deutlichkeit den nackten, auf rücksichtslose Niederhaltung der proletarischen Bestrebungen gerichteten Interessenstandpunkt hervor. Einige Beispiele aus der letzten Zeit sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden, damit die Arbeiter sich noch mehr als bisher in ihren gewerkschaftlichen Organisationen wappnen lernen.

Die Metallarbeiterzeitung veröffentlichte soeben das Protokoll einer am 8. Dezember vorigen Jahres in Berlin abgehaltenen Unternehmerversammlung, in der Herr Bued den warmen Appell an die Arbeitgeber richtete, doch ja ihre Organisationen auszubauen und fleißig zum Kriegsfonds gegen die Arbeiter beizusteuern. Der bekannte Kommerzienrat Vogel aus Chemnitz lobte hier unerbittlich den Opfermut der Arbeiter:

Wenn wir uns in eine Linie stellen mit unseren Arbeitern, würden wir jährlich 5 Millionen ausbringen. Denn im großen ganzen zahlen die Arbeiter 1 Prozent eines Lohnes, der in keinem Verhältnis steht — das werden Sie ohne weiteres zugeben — mit den Erträgen unserer Fabriken und mit dem Einkommen unseres Standes. Die Leute bringen 1 pro 100 auf.

Herr Vogel riet, einen „Zulusturm zu bauen“, in welchem soviel Kapital anzulegen sei, daß man jeder Eventualität gewachsen sei. Dann fuhr er fort:

Ich habe gestern die Freude gehabt, eine Anzahl Industrieller aus Süddeutschland zu sprechen, die sagten: „Wir haben dieses Jahr ein gutes Jahr gehabt, wir werden in unseren Generalversammlungen beantragen, daß wir 1 Prozent der an unsere Arbeiter gezahlten Lohnsumme auf die Rante legen für alle Zwecke, wie sie von Arbeitgeberverbänden gefördert werden.“ Ich hätte persönlich gewünscht, daß es uns noch viel, viel schlechter geht. Vielleicht wären wir dann einmal zusammengekommen und jeder hätte in die Tasche gegriffen und im Handumdrehen hätten wir 10 Millionen bekommen.

Diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Herr Bued, den wir schon vorhin erwähnten, schüttelte bei der hier berührten Gelegenheit auch über den politischen Kurs sein volles Herz aus. Wie es sich gebührt, bekam der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählte Reichstag eine schlechte, das preussische Klassenparlament hingegen eine gute Note:

... Meine Herren, wir müssen uns immer vergegenwärtigen, daß, wenn die Einführung der Arbeiterausschüsse obligatorisch gemacht wird, wie es ja auch bei der Novelle zum Bergbaugesetz geschehen ist, dann auch die Befugnisse dieser Ausschüsse festgesetzt werden. Wenn die Befugnisse in der Novelle zum Berggesetz so gemächtig ausgefallen sind, so ist die Ursache darin zu erblicken, daß dieses Gesetz in den preussischen Kammern zur Erledigung kam, wo wir noch keine Sozialdemokratie und mit dem Zentrum keine Majorität im Sinne der Sozialdemokratie hatten. Wenn es sich um eine Frage im Reichstag handelt, würde die Sache ganz anders behandelt werden, als im preussischen Abgeordnetenhaus und im preussischen Herrenhaus.

Doch auch an Vertrauen zur Regierung fehlt es den Herren Scharfmachern nicht. Sehr reich sind die Beratungen, die in jenem würdigen Kreise über die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in vier Direktionsbezirken der preussischen Staatswerkstätten geführt wurden. Es war der nationalliberale Landtagsabgeordnete Wacco, der in der Versammlung vom 7. Februar die Rentennehmergesellschaft zur Einmischung in die Angelegenheiten des preussischen Staates aufhetzte. Er darf nicht „Herr in seinem Hause“ sein! Eine dramatisch ansteigende Debatte über diesen Gegenstand endete mit dem Beschluß, eine Deputation in das Ministerium zu schicken, die die Einstellung des „sozialpolitischen Experiments“ durchsetzen sollte. Dann aber trat der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Deumer hervor und enthüllte ungeschont sein schönes Herz:

Meine Herren, sagte er, wegen des öffentlichen Vorgehens, das von einem der Redner hier befürwortet wurde, möchte ich mir als Gast doch den Hinweis gestatten, daß, wenn Sie Erfolg erzielen wollen... es taktisch richtig ist, von diesem Vorgehen vorläufig nichts in die Presse zu bringen. Sie erschauern, glaube ich, dem Herrn Minister den Rückzug, den er sonst aus den hier vorgebrachten Erwägungen heraus antreten kann. So wie ich den Herrn Minister v. Bude zu kennen glaube (dieser ist kürzlich verstorben. Redaktion), wird er sehr dankbar sein, wenn er auf Grund vorliegender Statistik darüber aufgeklärt wird, wie viele Maschinenfabriken den zehnstündigen Arbeitstag haben. Es sind ja 55 Prozent. Wenn Sie aber jetzt etwas in die Zeitungen hineinbringen — es wird sich auch um die Feststellung des Protokolls handeln, ob Sie da alles, was hier gesprochen wird, veröffentlichen wollen —, dann werden Sie einen großen Sturm in der Öffentlichkeit heraufbeschwören, der nachher dem Minister die Verhandlungen mit Ihnen und auch die Erfüllung Ihrer Wünsche außerordentlich schwierig macht. Sie erreichen mit einer Veröffentlichung der Dinge, glaube ich, eher das Gegenteil dessen, was Sie wünschen, und deshalb möchte ich Ihnen meinerseits zu erwägen geben, ob Sie nicht aus praktischen Rücksichten diese Sache im Protokoll möglichst vorübergehend behandeln... und vor allen Dingen nichts in die Tagespresse bringen.

Die Arbeiter, insbesondere in der Metallbranche, die zurzeit in schweren gewerkschaftlichen Kämpfen stehen, werden an dieser rücksichtslosen Hervorkehrung des Inter-

essenstandpunkts erkennen, daß auch sie sich vollauf ihrer gewerkschaftlichen Pflicht bewußt sein müssen. Aber noch ein andres soll ihnen durch die dankenswerten Enthüllungen der Metallarbeiterzeitung klar werden, die Pflicht zur politischen Organisation nämlich. So wichtig der gewerkschaftliche Kampf ist, so darf die Tätigkeit auf politischem Gebiete nicht hinter ihm zurückbleiben. Wie viel hier noch zu agitieren ist, zeigt gerade das Beispiel des Scharfmachers Deumer.

Dieser Herr, der dem preussischen Staate verbietet, seinen Arbeitern den Neunstundentag zu gewähren, ist vor drei Jahren mit Stichwahlhilfe christlicher Arbeiter zum Reichstagsabgeordneten des Arbeiter-Wahlkreises Duisburg-Mühlheim gewählt worden! Man erkennt, aus welchem Solze die Männer geknirrt sind, die jetzt mit der Aussperrung ihrer 320 000 Arbeiter prögen, man erkennt, was für diese Leute die heut noch herrschende preussische Wirtschaft bedeutet, man erkennt auch, welchen Vorteil sie aus dem Unverstand politisch unaufgeklärter Proletariatsmassen ziehen! Die Arbeiter werden sich diese Lektion merken und über dem gewerkschaftlichen Kampf nicht den politischen vergessen.

Noch niemals hat das Unternehmertum sein Haupt frecher erhoben als jetzt, schamlos ohne die geringste Rücksicht auf die schlechte soziale Lage der deutschen Arbeiter zu nehmen, werden alle beantragten Lohnerhöhungen abgelehnt; allerdings müssen in vielen Fällen die Kapitalmagnaten bewilligen, durch die Macht der Organisationen.

Der Ausbau der Gewerkschaften muß die Parole der deutschen Arbeiter sein und insbesondere wir in Steinarbeiterverband haben alle Kräfte aufzubieten, alle Augenblicke auszunutzen, um eine ganz gewaltige Stärkung unseres Verbandes zu erzielen.

## § 153.

Wenn man als organisierter Arbeiter zusehen muß, wie andere organisierte Kollegen gegen die Interessen der Arbeiterschaft arbeiten und versuchen, die über ein Geschäft verhängte Sperre durch Beziehung willfähriger Arbeiter illusorisch zu machen, so darf einem als Arbeiterführer nicht die Geduld reizen, sondern man muß ein derartiges Gebaren „Organisierter“ noch willkommen heißen und laut preisen, daß sich in unserer „humanen“ Zeit auch Arbeiter finden, die als Endziel ihres Tuns nur das Wohlergehen ihrer Arbeitgeber im Auge haben. Nach einer Anklage gegen den Vorstand der Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes in Dürkheim (Pfalz), Kollegen Moiss Willacker, in Grethen wohnhaft, sollte sich dieser wegen zwei Verfehlungen des § 153 der Gewerbeordnung am hiesigen Amtsgerichte am 9. März rechtfertigen. Der Sachverhalt war folgender: Nachdem über den Steinbruchbetrieb Gebr. Fickel von Steinarbeiterverbände wegen Maßregelungen die Sperre verhängt worden war, wurden von der Firma Fickel aus der Westpfalz Arbeitskräfte herangezogen, die an dem hiesigen Bahnhofe von einem „organisierten“ Kollegen abgeholt werden sollten. Der Vorsitzende Willacker, der von einer Versammlung von Allenborn mit dem Abendzuge in Dürkheim ankam, erblickte seinen Arbeitskollegen Hein und stellte diesen zur Rede, was er am Bahnhofe schaffe, ob er vielleicht auf Arbeitskräfte warte, worauf dieser letztere Frage bejahte. Nun riß selbstverständlich, wie jedem, der es mit seinen Arbeitskollegen ernst meint, die Geduld und er sagte dem Aufsteiger einige nicht schmeichelnde Worte, die aber durchaus nicht als Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung gelten konnten. Interessant an diesem Falle ist nun, daß nicht der beleidigte Arbeiter gegen Willacker Klage erhob, sondern dessen Arbeitgeber Fickel, dem Hein sein Leid klagte. In erster Instanz am Amtsgericht Dürkheim wurde nun Willacker und noch ein Kollege, der wegen des gleichen „Verbrechens“ vor den Gerichtsschranken stand, zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen resp. drei Wochen und den Kosten verurteilt. Rechtsanwalt Genosse Adermann-Frankenthal hob hervor, daß absolut nach Klärung des Sachverhalts, eine Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung nicht vorliege, indem kein Streik ausgebrochen sei, sondern nur über ein Geschäft die Sperre verhängt war, und es stehe dem Richter nicht zu, die Lücken des Gesetzes auszufüllen. Der Anwalt Adermann legte gegen das ergangene Urteil namens seiner Klienten Berufung beim Landgericht Frankenthal ein. — Bezeichnend an diesem Falle ist, daß der Herr Staatsanwalt für den Willacker eine Gesamtgefängnisstrafe von sieben Wochen beantragte, weil er als Vorsitzender der Gewerkschaft gar keine andere Handlung als eine Verletzung des § 153 im Auge gehabt haben könne. — In der nun am 24. April stattgehabten Verhandlung am Landgericht zu Frankenthal wurde Kollege Willacker freigesprochen und die Kosten der Staatskasse überwiesen, während der Mitangeklagte Heinrich Scheller mit drei Tagen Gefängnis davonkam. In dem Urteil Willacker sind folgende Gründe angegeben: „Es wurde auch heute durch die bestimmte Aussage der eidlich vernommenen Zeugen Maurer und Hein, sowie Urban festgestellt, daß der Angeklagte am 23. Dezember 1905 in Dürkheim dem Steinhauer Jakob Maurer von Gardsenburg die Worte, er sei ein Schuft, der

größte Schuft, der unter den Steinhauern herumlaufe, sowie am 7. Januar 1906 ebendort den Steinhauer Valentin Hein von Dürkheim die Worte, er sei ein schloffer Kerl, ein Schuft, der traurigste Schuft, der auf der Welt herumlaufe, ein elender dreckiger Lausbub, weil er bei Fideisen arbeite, zugerufen hat. Mein, daß er hierdurch einen der im § 153 ff. der Reichsgewerbeordnung erwähnten Zwecke verfolgte, nämlich, die beiden Zeugen zu bestimmen suchte, die Verabredung der organisierten Arbeiter, deren Verband über das Geschäft des Steinbruchbesizers Ludwig Fideisen in Dürkheim die Sperre verhängt hatte, beizutreten, ersuchte das Gericht, zumal die beiden Zeugen der Organisation selbst angehörten, nicht als genügend erwiesen; vielmehr erschien auf Grund der heutigen Beweisaufnahme die Annahme gerechtfertigt, daß der Angeklagte als Vorstand des erwähnten Ortsverbandes, lediglich seinen Vorgesetzten darüber, daß die beiden trotz ihrer Zugehörigkeit zum Verbande in dem mit Sperre belegten Geschäft weiterarbeiteten und letzterer sogar Arbeitswillige für das Geschäft an der Bahn abholte, Luft machte, nicht aber auf sie in erwähnter Weise einwirken wollte. Hiermit entfällt aber der Tatbestand des § 153 der Reichsgewerbeordnung und mußte der Angeklagte unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils von der erhobenen Anklage freigesprochen werden. Scheller dagegen behielt seine Bestrafung, jedoch wurde dieselbe von drei Wochen auf drei Tage herabgesetzt. Die beiden „Schwerverbrecher“ haben also einen entschiedenen Erfolg errungen. Was an dieser ganzen Angelegenheit am meisten befremdet, ist die grundsätzliche verschiedene Auslegung über die Anwendbarkeit des § 153. Während in erster Instanz auf Grund eben dieses Paragraphen geurteilt wurde, scheidet derselbe bei der Berufungsinstanz gänzlich aus. Auch hier kann man dieselbe Wahrnehmung machen, wie bei den Speyerer Streikprozessen, nämlich, daß bei den unteren Gerichten preußischer Geist in der Justiz weht, während bei dem Berufungsgericht in Frankenthal eine objektivere Auffassung derartiger Delikte entscheidend ist. In Zeiten, wo überall das Scharfmachertum der Unternehmer gegen die moderne Arbeiterbewegung vorgeht und mit den schärfsten Gewaltmitteln das Bestreben der Arbeiter nach Besserstellung ihrer Lebenslage zu nichte zu machen sucht, wo dem Arbeiter bei allen Gelegenheiten zum Bewußtsein kommt, daß er in einem Klassenstaate lebt, in dem er der unterdrückte und gedrückte Teil ist, berührt die in Frankenthal geübte Rechtsprechung wohlthuend.

## Zum Streik im Veuchaer Granitgebiet.

Der Kampf mit den Veuchaer Granitbruchbesizern wird von den Kollegen mit aller Schärfe geführt. Täglich reisen 10—12 Mann ab, um so den Unternehmern die Arbeitskräfte zu entziehen. Die Disziplin unter den Streikenden muß eine musterhafte genannt werden. Die Polizei fand noch keine Gelegenheit, gegen die Streikenden einzuschreiten. Unter den Unternehmern führt Herr Günther allem Anschein nach das große Wort. Sein Einfluß auf die Unternehmer scheint kein geringer zu sein. Je energischer Herr Günther bemüht ist, seine Ansichten durchzusetzen, mit desto größerer Zähigkeit werden die Kollegen den Kampf führen. Bei den Unterhandlungen wurden zwar für die Steinmetzen und Schrotter Zugeständnisse erreicht, etwa 200 Pflasterer sollen aber leer ausgehen. Solange für diese keine Lohnaufbesserungen stattfinden, solange kann von einer Beendigung des Streiks keine Rede sein. Das mögen sich insbesondere diejenigen Unternehmer merken, die sich so leicht ins Schlepptau einiger großer Steinbruchbesizer nehmen lassen. Die Unternehmer dachten, in Veucha sei unter den Kollegen die Einigkeit nicht so groß, daß es zum Kampfe kommen könnte. Nun haben sie die Enttäuschung, denn sämtliche Betriebe stehen still. Da und dort schaffen etliche Tagelöhner, diese können auf die Kampfesführung selbst, vielmehr zu unsern Ungunsten, nicht den geringsten Einfluß ausüben. Früher wurden etwa 35—40, ja sogar 45 Waggons Steine täglich verfrachtet, also die Woche über 200 Waggons, seit dem 3. Mai ist von einer Steinverfrachtung nichts mehr zu spüren. Bitter Klagen über den Streik auch die Fuhrleute in Leipzig, die bisher die großen Quader nach dem Völkerschlachtdenkmal zu fahren hatten. Die Sympathie der Bürgerchaft in Brandis-Veucha ist völlig auf unserer Seite, jedermann weiß, daß die Unternehmer in den letzten 20 Jahren Riesengewinne einheimsten. Die Situation für uns liegt äußerst günstig, es herrscht Hochkonjunktur, dabei ist die Witterung äußerst günstig, viele von den Kollegen reisen ab und den Unternehmern wird es schwer werden, nach Beendigung des Kampfes wieder die nötigen Arbeitskräfte zu erlangen. Daß der Zulauf nach Veucha nicht allzu groß wird, dafür werden wir schon Sorge tragen. Bekanntlich wurden die Kollegen wegen der Maifeier zwei Tage ausgeperrt, unsererseits war die Antwort die Proklamierung des Streiks im ganzen Gebiet, denn die Entscheidung in der inszenierten Lohnbewegung mußte sowie in den ersten Tagen dieses Monats fallen. Wenn unter den Verbandsmitgliedern die Einigkeit eine so gute ist, so bedanken sich die Arbeiter bei Herrn Günther und seinen Freunden, die einen solchen Aussperrungsbeschluss durchsetzten. In diesem Artikel ist schon betont, daß den Steinmetzen und Schrottern Zugeständnisse gemacht wurden, den Pflasterern aber nicht. Damit wollten die Unternehmer eine Spaltung unter den Verbandsmitgliedern bezwecken, denn die Herren dachten, die ersteren nehmen die Arbeit auf, die Pflasterer würden einen Streik kaum wagen. Aber so schlaue wie die Unternehmer sind unsere Kollegen auch; die Parole mußte lauten, gemeinsam vorgehen und danach trachten, den ganzen Produktionsprozeß lahmzulegen, nur dann können die widerpenstigen Meister gezwungen werden. Eigenartig ist für die Kopfsteinschläger die Entlohnung. Die Kopfsteine werden nicht eingefügt nach Quadratmetern, sondern es ist Gewichtsberechnung eingeführt. Zum Beispiel, in eine Waggonladung gehen 200 Zentner, die Gunte (Transportwagen auf den schmalspurigen Betriebsgleisen) werden überladen, sie können nicht genügend gefüllt werden und so kommen in den Eisenbahnwaggons etwa zirka 220—230 Zentner. Das Übergewicht muß, soweit es die Zulässigkeitsgrenze übersteigt, herausgeworfen werden, wird aber den Arbeitern nicht gutgeschrieben, nein, diese Steine werden auf einen Haufen geworfen, und dieses wiederholt sich so lange, bis aus diesen Steinen wieder ein ganzer Waggon gefüllt werden kann, der dann dem Unternehmer gar nichts kostet.

Eine solche Bereicherung auf Kosten der Arbeiter ist einfach unerhört.

Gegen ein solches Gebahren werden die Arbeiter in Zukunft entschieden Front machen!

Sehr hartnäckig zeigt sich auch Preißer, er steckt sehr in der Patzche. In der letzten Zeit bereifte er Oesterreich, um Streikbrecher anzuwerben. Es gelang ihm nach unendlichen Mühen, etwa 20 Mann auszufundschaffen. Meist sind es Steinmetzen aus Kroatien, die in Butschensubern (Oberösterreich) bei einem Bahnbau beschäftigt waren. Zehn von diesen haben sich sofort unserer Bewegung angeschlossen, sie wollen keine Streikbrecherdienste verrichten. Ihre Entlohnung war eine große gegenüber dem Herrn Preißer, als sie bei ihrer Ankunft erfuhren, in Veucha sei Streik. Wie dem Schreiber dieser Zeilen wiederholt versichert wurde, und zwar von allen Deutschsprechenden, hat Preißer den Leuten verschwiegen, daß in seinem Bruche gestreift würde. Den Angeworbenen fiel es auf, daß ein Unternehmer aus Sachsen in Oberösterreich sich um Steinarbeiter bemühte. Preißer schloß mit den Angeworbenen einen Kontrakt, er ließ jeden unterzeichnen, aber da einige der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind, wissen sie nicht genau, auf was sie sich verpflichteten. Den Kontrakt und die übrigen Papiere der Angeworbenen nahm Herr Preißer an sich, wahrscheinlich deshalb, weil er vorläufig die Fahrtkosten trug. Sofort wurde am Montag, den 14. Mai, eine Klage beim Amtsgericht in Grimma eingereicht, vorläufig im Auftrage von zehn Kollegen, die Preißer verklagten um die Kosten der Rückfahrt sowie um den entstandenen Lohnausfall, weil ihnen verschwiegen worden sein soll, wie hier die Situation steht.

Dies kurz ein Bericht über die jetzige Lage im Veuchaer Gebiet. Die Kollegen hoffen, auch für die Pflasterer, also für die Mehrzahl der Beschäftigten, eine annehmbare Lohnzulage zu erzielen.

## Größere Lohnbezirke bei Tarifabschlüssen.

Auf dem letzten Verbandstag wurde erfreulicherweise die Tarifrfrage eingehend erörtert. Als ein schwerer Mißstand wurde es von allen Rednern empfunden, daß bei uns bei Tarifabschlüssen jede Zahlstelle für sich allein vorgeht. Nur zwei oder drei Bezirke in der Steinindustrie in Deutschland haben wir, wo der Tarifbezirk mehrere Zahlstellen umfaßt. Es muß das Bestreben derjenigen Kollegen doch als anerkennenswert bezeichnet werden, die für die Schaffung größerer Lohnbezirke plädieren. Kürzlich fanden sich, um diese Frage zu ventilieren, die Vertreter der Zahlstellen Dresden, Pirna, Posta und Neundorf zusammen, und die führenden Kollegen in Pirna glaubten nun die Verpflichtung zu haben, auch den Lokalvorstand der Zahlstelle Riesa von diesem Vorgehen in Kenntnis setzen zu müssen und denselben zu ersuchen, zu den fraglichen Verhandlungen nach Pirna einen Vertreter zu entsenden. Wie aber in Riesa über den Vorschlag der Pirnaer beraten wurde, zeigt folgender Brief, den wir doch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen.

Riesa, den 4. Mai 1906.

Werte Kollegen!

Die am 2. Mai stattgefundenen Steinarbeiter-Versammlung nahm Kenntnis von Ihrer werthen Einladung zu der am 6. Mai in Pirna stattfindenden Vertrauensmännerversammlung. Es wurde beschloffen, keinen Delegierten zu entsenden. Vielmehr ist die Versammlung der Meinung, daß auch hier genügend Kollegen vorhanden, die die Fähigkeiten besitzen, regelrechte Tarifverträge abzuschließen. Ferner wurde angeregt, daß die Frage bezüglich der Tarifgemeinschaft Dresden, Pirna, Riesa noch als verfrüht zu betrachten wäre, und Riesa nicht gewillt sei, sich von Pirna bez. Dresden bevormunden zu lassen. . . .

Mit bestem Gruß

(Unterschrift.)

Wir meinen, unser Vorschlag, endlich im Elbsandsteingebiet die Tarifrfrage endgültig zu regeln, hätte auch in Riesa anders aufgenommen werden können. Die Kollegen in Pirna und Dresden hatten an eine Bevormundung nicht im geringsten gedacht, sondern sie ließen sich von dem Gedanken leiten, für die Allgemeinheit etwas Zugbringendes zu schaffen. Wir fragen unwillkürlich, wo bleibt denn hier das gegenseitige kollegiale Gefühl der Klassengenossen? Aber die entgegengesetzte Anschauung der Riesaer Kollegen soll uns auch fernerhin nicht abhalten, die Frage eines allgemeinen Tarifses, der für das ganze Elbsandsteingebiet gilt, eingehendst zu prüfen.

## Die Bundesrats-Verordnung in der Petitionskommission des Reichstages.

Wir meldeten in der Nr. 17, daß etwa 80 Frauen aus Diera bei Meissen a. d. Elbe, die in den dortigen Steinbrüchen mit Schlotterschlägen beschäftigt waren, sich mit einer Petition an den Reichstag wandten und forderten, daß die Bundesratsverordnung im § 10 aufgehoben werden sollte. Uns liegt nun der Bericht der Petitionskommission in dieser Angelegenheit vor und wir bringen denselben wörtlich zum Abdruck. Der Bericht lautet:

Berichterstatter: Abgeordneter Lühauer (Soz.):

Die Verordnung des Bundesrats vom 20. März 1902 bestimmt u. a., daß in Steinbrüchen bei der Steingewinnung oder der Hohaufarbeitung von Steinen, bezugnehmend beim Transport oder Verladen von Steinen, Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden dürfen.

Gegen diese Bestimmung wendet sich eine aus Diera bei Meissen von 80 Frauen an den Reichstag gerichtete Petition. Die Petentinnen sind vor dem Inkrafttreten genannter Bundesratsverordnung, wie sie angeben, in den Steinbrüchen bei Diera mit dem „Marschlaggeschlagen“ (Steineklappen) beschäftigt gewesen; d. h. sie haben die zu Chausseeauffschüttungen und zu Ausschüttungen zwischen den Eisenbahngleisen Verwendung findenden Steine hergerichtet. Sie behaupten, diese Arbeit könne als Hohaarbeit im Sinne der Bundesratsverordnung vom 20. März 1902 nicht betrachtet werden, es sei leichte Arbeit, die selbst von Kindern ausgeführt werden könne und Gefahren für Leben und Gesundheit der damit beschäftigten Personen nicht mit sich bringe. Es gäbe überhaupt keine leichtere Arbeit für Frauen als die, welche ihnen jetzt verboten worden sei. Die Arbeit sei zudem nicht in den Steinbrüchen selbst verrichtet worden, sondern die Steine wären auf einen freien Platz geschafft worden, um dort von den Frauen mit dem Hammer zerzuschlagen zu werden.

Das Petition geht dahin:

das „Marschlaggeschlagen“ nicht als Hohaarbeit in Steinbrüchen zu betrachten und die Frauen zu dieser Arbeit wieder zuzulassen.

Diese Petition kam in der Petitionskommission am 4. April 1906 zur Verhandlung.

Nachdem der Referent über den Inhalt derselben Bericht erstattet hatte, gab der zur Beratung zugezogene kaiserliche Ge-

heime Ober-Regierungsrat Herr Dr. Sprenger als Kommissar des Reichsamts des Innern folgende Erklärung ab:

„Die Steinhauer sind durch die Einatmung schädlichen Mineralstaubes gefährdet. Sie erkranken verhältnismäßig häufig an Entzündungen der Schleimhäute der Luftwege und an deren Folgekrankheit, der Lungen tuberkulose. Besonders gefährdet sind diejenigen Arbeiter ausgeföhrt, welche Sandstein bearbeiten. Bei den Erhebungen, die der Bekanntmachung vom 20. März 1902 (Reichs-Gesetzbl. S. 78) zugrunde gelegt sind, wurde festgestellt, daß in der Amtshauptmannschaft Pirna 1898 von je 1000 Sandsteinarbeitern 22,4 und von je 1000 dort lebenden Steinmetzen sogar 29,1 an Lungenleiden starben, während von der gesamten Bevölkerung dieses Bezirkes im gleichen Jahre an solchen Krankheiten von je 1000 Personen nur 3 gestorben sind. Demnach handelt es sich hier um eine so gefährliche Beschäftigung, daß es geboten erschien, im § 10 Abs. 2 der Bekanntmachung die Beschäftigung von Arbeiterinnen mit solchen Arbeiten, bei denen sie der Einwirkung von Staub ausgesetzt sind, völlig zu untersagen.“

Um übrigens die Schwierigkeiten zu mildern, welche für die Arbeiterinnen und die Unternehmer von diesem Verbote zu befürchten waren, sind die betreffenden Bestimmungen gemäß § 13 erst ein Jahr später, als die übrigen Vorschriften, d. h. am 1. Oktober 1903, in Kraft gesetzt worden.“

In der anschließenden Debatte wurde der Forderung der Petentinnen entgegengehalten, daß diese die gesundheitschädlichen Wirkungen der Arbeit des Steineklappens auf den weiblichen Organismus offenbar verkennen. Sicher entwickle sich bei dieser Arbeit viel Staub, welcher schädigend auf die Atmungsorgane einwirke. Auch die gebückte Stellung, welche die Arbeiterinnen bei der Arbeit einnehmen müßten, und das Gantieren mit dem Hammer wäre jedenfalls nicht geeignet, als leichte und bequeme Arbeit für Frauen — wie die Petition angibt — bezeichnet zu werden. Jedenfalls könne man dem Bundesrat nicht nachsagen, daß er mit dem Erlaß von Verordnungen, wie die hier angefochtene, leichtfertig vorgehe. Triftige Gründe und reifliche Erwägungen hätten zum Erlaß dieser Verordnung geführt. Auffallend sei auch, daß in der Petition die verbotene Arbeit in so überschwenglicher Weise als für Frauen so ganz besonders geeignet bezeichnet wurde. Es scheint fast, als ob die Petition nicht aus eigenem Antriebe von den Frauen ausgegangen sei. Man könne annehmen, sie sei von den Unternehmern veranlaßt worden, denen daran liege, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Auch der Umstand, daß die 80 Namen, mit denen die Petition unterzeichnet ist, nicht von den Frauen selbst, sondern alle von einer Person geschrieben seien, wäre geeignet, diese Annahme als gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Von anderer Seite wurde ausgeführt, daß die Wünsche der Petentinnen berücksichtigt zu werden verdienten. Die Arbeit, welche den Frauen verboten worden sei, wäre als leichte zu betrachten. Auch die Hämmer, welche zum Zerklüften der Steine benutzt würden, wären nicht schwer und deshalb von den Frauen gut zu handhaben. Von einer gesundheitschädlichen Staubentwicklung bei der Arbeit könne auch nicht die Rede sein, da es sich nicht um Sandstein, sondern um härtere Gesteinsarten handle. Daß die Petition nicht die eigenhändigen Namensunterschriften der Frauen aufweise, liege wohl daran, daß diese mit dem Schreiben nicht recht vertraut seien.

Die Kommission beschloß hierauf, beim Plenum zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

über die Petition Journ. II. Nr. 1670, betreffend die Beschäftigung von Frauen in Steinbrüchen, zur Tagesordnung überzugehen.“

Hinter dieser Petition standen sicherlich die Herren Unternehmer, die aber nicht den Mut besäßen, offen für ihr Gebahren einzutreten. Es wäre einfach skandalös gewesen, wenn die Kommission den Wünschen der Petition Rechnung getragen hätte. Muß man nur selbst gesehen haben, wie sich früher die Frauen in den Steinbrüchen abtueden mußten mit der anstrengenden Arbeit, Steine kleinzuschlagen. Aber bei dieser Beschäftigungsart blieb es niemals, man verwandte nebenbei die Frauen auch noch zum Transportieren der Rohsteine, insbesondere sahen wir das sehr häufig in der Pflastererindustrie. Aber der Molooh „Kapitalismus“ will die Frauenarbeit nicht befeitigt wissen, weil dieselbe billiger ist als die Arbeit der Männer. Wir verlangen für unsere Berufskollegen eine auskömmliche Entlohnung, aber strenge Ausföhderung der Frauenarbeit aus den Steinbrüchen.

## Der Nürnberger Verbandstag.

In einem längeren Artikel in der Steinseherzeitung beschäftigt sich Genosse Knoll, der Vorsitzende des Steinseherverbandes, mit unsern Verhandlungen in Nürnberg. Am Schlusse seines sehr instruktiv gehaltenen Artikels schreibt Knoll:

Mehrere Anträge wünschen, daß die bestehenden Staffelleistungen in jeder Zahlstelle zur Einführung gelangen können. Trotz der Staffellung durfte bisher nämlich in jeder Zahlstelle nur ein Beitrag erhoben werden. Vom Vorstande werden diese Anträge bekämpft, die denn auch abgelehnt werden. Unserer Ansicht nach ist damit der Zweck der Staffelleistungen überhaupt illusorisch gemacht. — Es wundert uns deshalb auch weiter nicht, daß der Vorstand in seinem Berichte erklären konnte, die auf dem vorigen Verbandstage beschlossene Einführung der dritten Beitragsstaffel habe nicht die Wirkung gehabt, die man sich allgemein davon versprach. Die Folge dieses Beschlusses dürfte sein, daß die Hilfsarbeiter, auf die es in den Brüchen vielfach ankommt, dem Verbande fernbleiben. Andererseits wurde an einer anderen Stelle der Tagesordnung mit Recht kritisiert, daß die Lohnbewegungen in den Brüchen vielfach dadurch erschwert werden, daß die hier beschäftigten Arbeiter den verschiedensten Organisationen angehören. Um hierin Wandel zu schaffen, verlangt ein — mit Recht — zur Annahme gelangter Antrag, daß alle in Steinbruchbetrieben und auf Werkplätzen beschäftigten Arbeiter dem Steinarbeiterverbande anzugehören haben. Aber dann soll man es diesen so grundverschieden entlohnten Arbeitern doch hinsichtlich der Beiträge möglich machen, diesem Beschlusse so leicht wie möglich folgen zu können. Ich hatte bei Beratung dieser Frage den Eindruck, als entfalte der Vorstand unserer Bruderorganisation hier nicht die nötige Elastizität. Was in unserer kleineren (der Steinseherorganisation. Red. d. Steinarbeiter), dem Steinarbeiterverbande in vielfacher Beziehung ähnlichen Organisation möglich ist, das sollte auch dort möglich sein. Wir Steinseher usw. haben ja das größte Interesse daran, daß die inneren Einrichtungen unserer beiden Organisationen sich nach und nach möglichst gleichen; denn auch in Deutschland ist der Zusammenschluß der Steinarbeiter und Steinseher usw. eine Frage, die mehr und mehr in dem Rahmen der Diskussion erscheint und wohl in nicht allzu ferner Zeit praktische Gestalt annehmen dürfte. Als erster Schritt auf diesem Wege ist denn auch folgender Beschluß anzusehen, den der Verbandstag der Steinarbeiter auf Antrag unseres Zentralvorstandes einstimmig gefaßt hat:

„Die 2. Generalversammlung des Verbandes der Steinarbeiter ermächtigt den Vorstand desselben, mit dem Verbande der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands in Verbindung zu treten behufs Schaffung eines Kartell- oder Gegenseitigkeitsvertrages zur Herbeiföhderung gemeinsamen Arbeitens bei der Agitation und eventuell auch in der weiteren Organisationsarbeit, mit Ausnahme von Lohnbewegungen und Streiks, soweit die Vorbedingungen für ein solches gemeinsames Vorgehen gegeben sind.“

Es war eine erfolgreiche Tagung, auf die der Verband der Steinarbeiter zurückblicken kann. Und es ist zu hoffen, daß die getroffenen Beschlüsse demselben reiche Früchte tragen. Es ist ja noch ein ungemein reiches und ertragversprechendes Arbeitsfeld, das dieser Verband zu bearbeiten hat. Und schon haben auch die Arbeiterzeitschriften und Verräter, die Führer der sich christlich nennenden Organisationen, die mit dem Namen des Nazareners den schändlichsten Mißbrauch treiben, der je getrieben wurde — schon haben sich auch diese Patrone dieses Arbeitsfeldes bemächtigt, weil es denselben infolge der großen Zahl unaufgeklärter Arbeiter reichen Erfolg verspricht. Es gilt also, das fast jahrzehntelang Versäumte nachzuholen; denn erst 15 bis 20 Proz. der in Betracht kommenden Arbeiterschaft ist organisiert. Geradezu elend sind infolgedessen vielfach noch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Durch den Bau neuer Eisenbahnen werden auch die bisher entlegenen Gebiete dem kapitalistischen Wettbewerb in der Steinbruchindustrie erschlossen und gerade hier findet das Kapital ja auch noch die reichlichsten und „zufriedensten“ Arbeiter. Wenn es die Leitung der Steinarbeiterorganisation an der nötigen Umsicht und Ueberblick nicht fehlen läßt und hier eine von allen engherzigen Rücksichten befreite Initiative entfaltet, dann dürfte der nächste Verbandstag der Steinarbeiter auf eine um Doppelte gestiegene Mitgliederzahl herabsehen können.

Unsere besten Wünsche stehen ihm dabei zur Seite! —

### Berliner Organisationsverhältnisse.

Die Organisationsverhältnisse in Berlin erscheinen den Verhältnissen nach gerechnet, nach außen hin recht günstige zu sein. Aber wie fast immer, so auch hier, irrt der Schein. Wenn man z. B. bedenkt, daß in beiden Filialen im Durchschnitt etwa 700 Kollegen organisiert sind, bei 1000—1200 Organisationsfähigen, so ist das gewiß nicht sehr günstig. Es gibt allerdings eine ganz gewaltige Anzahl Zwergebetriebe, wo den dort Beschäftigten sehr schwer beizukommen ist. Es sind das die kleinen Marmorgeschäfte, Grabdenkmal- und Kunststeinfabriken und zuletzt noch sind es die sogenannten Straßenbildhauer. Es sind das Unternehmer, die von Steinlegeschäften und der Kommune das Abtragen und Nacharbeiten von Trottoirplatten und Bordsteinen in Afford übernehmen, dann Leute einstellen und auf der Straße arbeiten lassen. Die in all den genannten Betrieben Beschäftigten sind zum kleinsten Teile organisiert und arbeiten vielfach weit unter dem Tarif, bilden also eine ständige Gefahr für die Berliner Gesamtorganisation. Auch bei den Tarifverhandlungen wird von der Innung und auch von Unternehmern ständig auf diese Schmutzkonkurrenz verwiesen. Nicht mit Unrecht! Wir haben nun in diesem Jahre zur Gewinnung der Indifferenten und um unseren Tarif möglichst überall zur Anerkennung zu bringen, eine andere Methode gewählt. Wir haben zunächst die wilden Steinlegeschäfte gezwungen, unter schriftlich den Tarif anzuerkennen, indem wir unsere Kollegen organisierten. Des weiteren bildeten wir in den Gegenden, wo hauptsächlich die Grabsteingeschäfte liegen, Bezirke, ernannten einen Bezirksführer, der ebenfalls dort arbeitete, und erreichten durch eine lebhafte Agitation von Mund zu Mund, daß alle in dem Bezirk beschäftigte Kollegen zu einer kleinen Versammlung zusammenkamen. Dort wurde nun den Anwesenden eingehend auseinandergesetzt, um was es sich handelte. Die Kollegen wurden für uns gewonnen und die Unternehmer mußten den Tarif unterschreiben. Wir haben auf diese Weise bei einer Anzahl von Unternehmern unsern Tarif durchgesetzt, wo es sonst unmöglich schien. Wir hoffen, auf diese Weise, den letzten Indifferenten für uns zu gewinnen. Der Erfolg macht sich in einer ganz annehmbaren Steigerung der Mitgliederzahl bereits bemerkbar. Allerdings waren auch die Kosten nicht unerheblich. Es dürfte dies aber kaum in Betracht kommen, wenn man bedenkt, daß man die uns feindliche Reservearmee wieder verkleinert, und daß wir auch finanziell nur gut fahren können. Unsere diesjährige Maifeier bewies uns, was in Berlin auf die Weine zu bringen ist. Leute, schon grau, die noch niemals einer Steinarbeiter-Versammlung beigewohnt, waren erschienen. Die Arbeitsruhe war beinahe allgemein. Man hatte das Gefühl: Sowie ein Steinarbeiter geht es kaum in Berlin. Wenn unsere Kollegen bei anderen Gelegenheiten ähnlich antreten, berechtigt es zu den schönsten Hoffnungen. Die Innung hatte durch Zirkulare aufgefordert, die Kollegen, die am 1. Mai feiern, bis Sonnabend auszufern. Kein Mensch kümmerte sich um diesen Beschluß. Am 2. Mai wurde überall gearbeitet, mit Ausnahme bei Herrn Dittmer, der die Plakgesellen am 3. Mai erst anfangen ließ. Ganze drei Ausgesperrte war das Resultat, soweit die Filiale I mit mindestens 650—700 Feiern in Frage kommt. Hat sich jemals eine Korporation blamiert, so die hiesige Innung. Otto Hanschke.

### Korrespondenzen.

**Alsenz.** Der Streik der Steinarbeiter in Alsenz dauert ununterbrochen fort. Der Kampf ist ein harter, da die Unternehmer aus ihrem Starrsinn beharren; sie suchen mit allen Machenschaften die Arbeiter, welche auswärts untergebracht sind, zu vertreiben. In einem Betriebe haben dieselben durch ihre schmerzhaften Listen, welche sie an die Unternehmer allerwärts ergoßen ließen, doch etwas fertig gebracht. Eine solche Liste hat auch die Direktion der Pfälzischen Eisenbahn erhalten, welche diese an ihre einzelnen Betriebe weitergab mit der Bemerkung, Kündigung darf vorerst nicht stattfinden. Aber es ist von dem Bruchmeister Alsborn in Königsberg (Pfalz) mit Hochdruck auf die Arbeiter, welche das Streikgebiet verlassen hatten und dort in Arbeit standen, eingewirkt worden, indem Alsborn einer Partei Steinbrecher kündigte. Diese verdienten so wenig, daß eine Partei in 9 Arbeitstagen zirka 13 Mk. und die andere in 9 Arbeitstagen zirka 18 Mk. erhielt. Es mußten die Kollegen die Arbeit verlassen, da der Lohn noch nicht ausreicht für Kost und Logis. Die Arbeitgeber scheuen kein Mittel und fahren, sobald Kollegen von Alsenz abreisen, diesen nach, damit kein Streikender Arbeit erhalten soll. Nun verfallen die Herren Meister auf einen anderen Einfall. Sie haben Lehrlinge eingestellt, welche am 23. April 1906 das 13. Lebensjahr erst vollendet haben. Diese Kinder, die noch der Pflege der Mutter bedürfen, werden als Kaufleute herangezogen. Ob den Unternehmern mit diesen Schulknaben gebietet ist, ist eine andere Frage. Der hiesige Streik wird somit mit aller Schärfe geführt.

**Hannover.** Am 29. April fand eine ziemlich (?) gute Steinarbeiterversammlung statt, zu der auch Gauleiter Maus-Bremen erschienen war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, wurden fünf Kollegen aufgenommen. Hierauf gab Kollege Maus die wichtigsten Beschlüsse vom Verbandstag bekannt und betonte dabei, daß der diesjährige Verbandstag gezeigt habe, daß es der feste Wille der gesamten Steinarbeiter ist, unsere Organisation so auszubauen, daß dieselbe allen Anforderungen jederzeit gewachsen sei. In der hierauf folgenden Diskussion erklärten sich sämtliche Kollegen mit den gefassten Beschlüssen einverstanden, und es wurde hauptsächlich die Anstellung eines besoldeten Gauleiters für unseren Gau lebhaft begrüßt. Hierauf kam die Arbeitsniederlegung an der Nazarethkirche zur Sprache. Besonders wurde die schlechte Behandlung der Kollegen durch die Polizei scharf kritisiert. Kürzlich wurde der Stundenlohn von 55 Pfg. auf 60 Pfg. erhöht. Dieses ist besonders dem Kollegen Volke zu verdanken, der auch deshalb dem Unternehmer ein Dorn im Auge war. Am 26. April erklärte der 1. Polier dem Kollegen Volke, er ließe sich von ihm keine Leute nicht mehr aufheben, er solle sofort aufhören. Hierauf erklärten sich sämtliche Kollegen (5 Mann) solidarisch. Es wurde der Vorsitzende beauftragt, nochmals bei der Firma vorstellig zu werden mit dem gerade anwesenden

Gauleiter Maus. Am 30. April wurde auch der Vorsitzende und der Gauleiter Maus vorstellig. Es wurde den Kollegen eine bessere Behandlung zugesprochen, desgleichen wurde der Stundenlohn auf 65 Pfg. erhöht. (Konnte Kollege Volke wieder weiterarbeiten? Redaktion.)

**Kassel.** Am 7. d. M. fand eine öffentliche Versammlung statt. Die Lohnkommission erstattete Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung und des Streiks. Es waren bei Eintritt in den Streik in 11 Grabsteingeschäften 56 Mann beschäftigt. In den Streik waren 44 Mann eingetreten. Streikbrecher wurden 12. Davon bei der Firma G. Holzmann 8 Mann, darunter 5 Verbandsmitglieder. Die anderen 4 verteilen sich auf 3 Geschäfte. Unsere Forderungen haben anerkannt 5 Geschäfte mit 30 Mann. Gegenwärtig sind ausständig noch 4 Mann, die anderen sind anderweitig untergebracht oder abgereist. Durch die Bewegung ist eine Lohnerhöhung von 10 bis 20 Prozent eingetreten. Die Stundenlöhne betragen bisher 50 und 55 Pfg., jetzt betragen sie 60 und 65 Pfg. Ueber diejenigen Firmen, die nicht bewilligt haben, soll die Sperre verhängt werden. Ueber diesen Antrag entspann sich eine lebhafte Debatte. Die meisten Kollegen waren für Aufhebung des Streiks, weil sozusagen keine Streitenden mehr vorhanden waren. Andre Kollegen waren aus taktischen Gründen dagegen. Nachdem noch die Kollegen Schaub und Winkler den Antrag der Kommission zur Annahme empfohlen hatten, wurde derselbe gegen 3 Stimmen angenommen. Es wurde sodann ohne Debatte über die übrigen Firmen die Sperre verhängt. Die organisierten Herren, welche arbeitswillig wurden, wurden sodann aus dem Zentralverband ausgeschlossen. Vorkemden erregte es, als von der Leitung mitgeteilt wurde, daß der Steinmetz Paul Högel, Verbandsnummer 11237, der gerade fremd zugereist kam, nur dadurch sich vom Streikbruch zurückhalten ließ, daß man ihm außer der Reiseunterstützung noch extra 3.50 Mk. Reisegeld zahlte. Die Kollegen waren bisher der Meinung, daß ein organisierter fremder Kollege zu einem Streikbruch nicht fähig ist.

**Kiel.** Der Streik der Kieler Steinmetzen hat durch gegenseitige Einigung nach sechswöchigem Kampfe am 12. Mai sein Ende gefunden, und zwar unter Beisein des Gewerbegerichtsvorsitzenden Stadtrat Kaufcher. Wir hatten bis jetzt einen Tarifabschluß auf zwei Jahre mit Ablauf am 31. März. Die Meister machten uns ein Angebot auf drei Jahre mit Ablauf am 31. Dezember. Auf dieses Angebot konnten wir nicht eingehen, weil diese Zeit für uns äußerst ungünstig wäre. Von den Meistern wurde erklärt, wenn wir gewillt wären, einen Abschluß auf vier Jahre zu machen, sollte der Ablauf des Tarifs am 31. März beibehalten werden. Wir wurden uns im Interesse der Allgemeinheit einig, hauptsächlich um einen weiteren Kampf zu verhüten, einen Vertrag auf vier Jahre abzuschließen. Der Stundenlohn beträgt: Vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 62 Pfg., vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 65 Pfg., vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 66 Pfg., und vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 67 Pfg. Maßregelungen finden nicht statt. (Aus diesem kurzen Bericht geht leider nicht hervor, ob das Affordsystem, wie wir annehmen, ganz beseitigt ist. Die bewilligten Zulagen müssen als äußerst minimal bezeichnet werden. In vier Jahren 5 Pfg. pro Stunde, fürwahr, das ist herzlich wenig. Ehe man eine solche vertragliche Abmachung eingeht, verzichtet man momentan auf einen Vertrag und beunruhigt die Unternehmer bei günstiger Gelegenheit aufs neue. Die Herren Meisterchen werden durch ein solches Vorgehen unferseits dann am ehesten kuriert. Wir raten keiner Zahlstelle, auf solche minimalen Zulagen mit einer so langen Vertragsdauer, wie in Kiel geschehen, einzugehen. Redaktion.)

**Reichenbach (Odenwald).** Am 29. April fand im Betteischen Saale unsere Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt erstattete Kollege Schuster Bericht vom Verbandstag zu Nürnberg. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß sie mit der Berichtserstattung und den Verhandlungen in Nürnberg einverstanden sei. Kollege Schuster erwähnte die Anwesenden, daß sie ihre Beiträge recht pünktlich bezahlen sollen, damit es keine Restanten gebe; dann fällt auch die Beitragserhöhung vom Juli ab nicht schwer. Ferner soll es in der Spermotiz im Steinarbeiter heißen: Sämtliche Zweiggeschäfte der Firma Kreuzer u. Wöhlinger sind gesperrt, da die ausgesperrten Kollegen noch nicht alle untergebracht sind. Der Polier Wilhelm in Weedenkirchen jagte, er wolle sie schon mirbe machen. Nein, Herr Wilhelm, Sie machen uns nicht mirbel!

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir ersuchen alle Ortskassierer, und namentlich die der neueren Zahlstellen, bei Geldsendungen stets mit anzugeben, wofür der Betrag verrechnet werden soll. Bei Unterlassung dieser kleinen Mühe erleidet die regelrechte Abwicklung der Geschäfte eine bedeutende Verzögerung und erfordert noch Extraausgaben für Porto. Wir werden in Zukunft alle Bestellungen, die bei Einfindung von Geldbeträgen ohne Bestimmung mit gemacht werden, so lange unberücksichtigt lassen, bis dieses nachgeholt ist.

### Der Respirator.

Der Hauptfeind der Gesundheit der Steinarbeiter, besonders der Steinmetzen, ist der während des Arbeitsprozesses sich entwickelnde Staub. Während für die Arbeiter in den Steinbrüchen die Unfallgefahr eine größere ist, haben die Steinmetzen durch den ununterbrochenen Aufenthalt in der Staubaumosphäre schwer zu leiden. Mit jedem Atemzuge nimmt der Arbeiter aus der staubgeschwängerten Luft zahlreiche kleine Steinteilchen in sich auf. Sie gelangen durch die Nase, in den Nasenraum, den Rachen, den Kehlkopf, die Luftröhre, und deren Aeste bis in die feinsten Verzweigungen der Lungen, in die Lungenbläschen.

Die ersten Folgen der Staubeinatmung sind chronische Entzündungen der oberen und tieferen Luftwege. Fast niemals fehlen bei den Steinbauern, die mehrere Jahre in ihrem Berufe tätig gewesen sind, chronische Entzündungen der Schleimhaut, der Nase, des Rachens und des Kehlkopfs. Nach einiger Zeit gehen die chronisch-entzündlichen Prozesse auch auf die Luftröhre und deren Verzweigungen, sowie auf die Lungengewebe selbst über. Dadurch entstehen die überaus häufigen Lungenkrankungen bei den Steinarbeitern.

Als Radikalmittel gegen die Staubgefahr wird von den Hygienikern der Respirator dringend empfohlen. In der Tat, wenn es möglich wäre, den Respirator in einer brauchbaren Form allgemein zur Einführung zu bringen, so wäre die gesundheitszerstörende Staubgefahr zu ihrem allergrößten Teile beseitigt.

Doch die bisherigen Erfahrungen stellen eine zweckmäßige Anwendung des Respirators in Frage. Die badische Fabrikinspektion berichtet über solchen Versuch folgendes:

„Gegenüber der erschreckenden Sterblichkeit der Steinhauer erscheint es geboten, der Krankheit in energischer Weise entgegen zu arbeiten. Da aus technischen Gründen der die Ursache der Krankheit bildende Staub nicht unmittelbar an der Entstehungsstelle durch Absaugung beseitigt werden kann, mußte man sich mit der Anwendung eines einfacheren Mittels, des Respirators begnügen, und zwar schienen der von N. Wolff konstruierte und von der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik Nedarau im großen hergestellte Respirator, wegen seiner Vorzüge andern Systemen gegenüber und wegen seines außerordentlich billigen Preises geeignet zu sein, dem Bedürfnis nach einem nicht belästigenden und den Atem nicht hemmenden Lungenschutz zu entsprechen. Zur Verbreitung des Respirators wurde folgender Weg gewählt, auf den noch in Kürze einzugehen sein wird.

Nachdem es gelungen war, den Wolffschen Respirator, von dessen Brauchbarkeit wir uns im allgemeinen überzeugt hatten, statt aus Silber für 28 Mk. pro Stück aus Zelluloid so billig herzustellen, daß der Anschaffungspreis kein Hindernis für dessen allgemeine Verwendung mehr bilden konnte, wurden an diejenigen Bezirksärzte, in deren Bezirken eine nennenswerte Steinhauerindustrie vorhanden war, Probeexemplare des Respirators geschickt, um mit denselben praktische Versuche vorzunehmen. Von vielen Seiten wurde hierbei der Respirator als durchaus brauchbar bezeichnet, und es wurde von Arbeitern wiederholt hervorgehoben, daß nach Tragen des Respirators während der Arbeit, des Abends kein vom Steinstaub gefärbter Auswurf mehr zu beobachten und das Allgemeinbefinden ein wesentlich erleichtertes gewesen sei. Einige vorgebrachte Wünsche nach Verbesserungen in Einzelheiten, z. B. in der Größe der Nasenstücke, der Form der Staubfilter u. a., wurden der Herstellungsfirma mitgeteilt, die allen zweckmäßigen Anregungen bereitwillig Folge leistete. Nunmehr versendete die Firma an eine große Zahl von Behörden, insbesondere an die deutschen, österreichischen und schweizerischen Gewerbeaufsichtsbeamten, gratis etwa 300—400 Respiratoren mit der Bitte, um Vornahme weiterer Versuche.

Gleichzeitig wurde durch das Ministerium des Innern der Vorstand der Sektion II der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft aufgefordert, zu der Sache Stellung zu nehmen. Die diesbezüglichen Verhandlungen haben zu einer, im allgemeinen günstigen Beurteilung des Respirators geführt.

Auch die Arbeiterpresse hat in anerkennungswürdiger Weise durch Darlegung der Notwendigkeit eines Lungenschützers, und durch Beschreibung des Respirators behelfend auf die Arbeiterschaft einzuwirken versucht. Endlich wurde noch durch Vermittlung der Bezirksämter den Besitzern aller größeren Steinhauerei- und Steinbruchbetriebe die Anschaffung von Probeexemplaren für einzelne Arbeiter nahegelegt.

Wenn damit nachgewiesen sein dürfte, daß einerseits alles geschehen ist, um die Einführung des als durchaus zweckmäßig anerkannten und allen billigen Wünschen Rechnung tragenden Respirators in die Praxis zu vermitteln, erübrigt es nur noch andererseits, die Stellung der Arbeiter zu der vorwärtigen Frage zu beleuchten.

Es mußte von vornherein bei einer großen Zahl von Arbeitern mit der Bekämpfung des jeder Neuerung entgegengebrachten Vorurteils gerechnet werden. Bei der günstigen Aufnahme des Apparats seitens vieler verständnisvoller Arbeiter dürfte aber angenommen werden, daß es gelingen könne, den Arbeitern allgemein das Bewußtsein der Bedeutung des Schutzes der Lunge gegen Staub beizubringen und sie zu der Ueberwindung der geringen Unbequemlichkeiten zu bringen, die mit dem Tragen des Respirators gleicherweise verbunden sind, wie viele anderer Apparate des Gesundheitsschutzes, die aber durch kurze Gewöhnung leicht bezwungen werden können. Leider muß ausgesprochen werden, daß diese Erwartung sich bis jetzt nicht erfüllt hat. Die Arbeiter, und insbesondere die Steinhauer, haben noch nicht einzusehen gelernt, daß es sich hier nicht um eine Schutzvorrichtung wie jede andre handelt, deren Bedeutung in einem zeitlich, auf die Dauer der Verwendung beschränkten Schutze liegt, sondern daß von der sachgemäßen Benutzung des Mittels, wozu nur eine geringe Selbstüberwindung gehört, nicht allein die eigene Existenzfrage berührt wird, sondern auch diejenige eines großen Kreises anderer, zu ihnen in persönlicher Beziehung stehender Personen. Bei der Anfrage über die Verwendung des Respirators wurde festgestellt, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Betriebe, insbesondere in fast allen Steinhauerbetrieben wegen der Abneigung der Arbeiter, der Apparat nach und nach wieder außer Benutzung gesetzt wurde, und es konnten weder auf dem Wege der Ueberzeugung, noch durch Anwendung von Zwang bei jüngeren Personen die Arbeiter zur Vornahme weiterer Versuche veranlaßt werden. Es wurde ein so geschlossener Widerstand getroffen, daß von einem weiteren allgemeinen Vorgehen zunächst abgesehen werden muß. Dessen ungeachtet wird aber fortgefahren werden, diesem, für die Gesundheit und das Leben der in Betracht kommenden Arbeiterkategorien so wichtigen Gegenstand die ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Nicht ganz so optimistisch in bezug auf die Anwendungsmöglichkeit des Respirators ist Dr. Sommerfeld, der sich jahrelang mit den Untersuchungen über die Ursachen der Berufskrankheit der Steinarbeiter befaßt hat. Immerhin verspricht auch er sich von seiner allmählichen Einführung, im Falle nicht auf andre Weise geholfen werden könne, großes. Er sagte in einem Vortrage über die hygienische Lage der Steinarbeiter zu diesem Punkte folgendes:

„Bei allen Arbeiten, bei denen die Entwicklung oder die Abgabe des Staubes sich aus irgendwelchen Gründen nicht erzielen läßt, müssen wir zum Respirator, dem viel empfohlenen, aber wenig benutzten Hilfsmittel, unsere Zuflucht nehmen. Wir besitzen bereits mehrere Modelle, welche, nach physiologischen Grundsätzen konstruiert, sich als sehr zweckmäßig erweisen. Allerdings läßt sich nicht betreiten, daß selbst die besten Respiratoren, welche besondere Ein- und Ausatemventile und eine verhältnismäßig große Atmungsfläche besitzen, die Atmung erschweren, auch wenn sie, was durchaus notwendig ist, Nase und Mund luftdicht abschließen. Nichtsdestoweniger muß der Arbeiter sich zur Benutzung dieses Schutzmittels entschließen, wenn sich auf einem andern Wege die Staubeinatmung nicht bekämpfen läßt und letztere erfahrungsgemäß die Gesundheit untergräbt. Werden auch erwachsene Arbeiter sich an diese Milderung ihrer Arbeitsweise nur schwer gewöhnen, so wird die Einführung des Respirators bei jugendlichen Personen, deren Körper noch eine große Anpassungsfähigkeit besitzt, sich leichter ermöglichen lassen, besonders wenn nach meinem Vorschlage nach einer zweistündigen Arbeitszeit regelmäßig eine Ruhepause eintritt.“

Beide, der Fabrikinspektor und der Arzt, konstatieren die Abneigung der Arbeiter gegen den Respirator. Während aber der Fabrikinspektor diese Abneigung auf die mangelhafte Einsicht der Arbeiter zurückführt, gibt der Arzt zu, daß der Apparat selbst daran die Schuld trägt, denn er erschwert, mag er noch so vollkommen sein, die Atmung.

Der Respirator beengt die Atmung und setzt nicht nur das Wohlbefinden des Arbeiters während der Arbeit, sondern auch seine Leistungsfähigkeit herab. Man vergegenwärtige sich nur den anstrengenden Arbeitsprozeß der Steinmetzen innerhalb einer ständig unreinen Luft. Die Kraftanstrengung ist fortgesetzt so stark, daß der Arbeiter aus dem Transpirieren nicht herauskommt; es ist daher das Einatmen von möglichst viel und kühler Luft die erste Bedingung, um die Arbeit leisten zu können. Im Sommer ist der Respirator sehr lästig und wegen der Hitze das beste Mittel, die Arbeiter in kürzester Zeit schlaff zu machen. Auch bei den verschiedenen Verrichtungen des Berufs ist der Respirator hinderlich. Das Bücken, das Heben, das Tragen der Steine, wobei auch mit Kollegen gesprochen werden muß, machen den Apparat unerträglich. Der Apparat selbst nimmt Staub an, er setzt sich an die äußeren Teile, die auf dem Gesichte aufliegen, fest, ruft fortgesetztes Jucken und eine zunehmende Beengung hervor. Es ist auch vorgekommen, daß im Winter wunde Stellen im Gesicht entstanden, durch die Reibung.

Hat der Träger des Apparats Schnupfen, Husten, oder muß er gähnen, niesen, ausspucken, so ist er behindert.

Man soll doch bei einer derartigen Häufung von Gründen, die gegen die Anwendung des Respirators sprechen, dem Arbeiter nicht einreden, daß es nur seine mangelhafte Einsicht sei, die ihn zum Gegner des Apparats mache. Nein, der Respirator für den Steinhauer mag eine schöne Idee sein, praktisch durchführbar ist sie gegenwärtig jedenfalls nicht. Sehr einsichtige und auf ihre Gesundheit bedachte Steinmetzen versichern, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, den Apparat auch nur einige Zeit während der Arbeit zu tragen,

ohne daß sehr bald ein Gefühl der Benommenheit und Beklommenheit sich einstellte, das sich auch bei längerem Tragen nicht verliere, vielmehr die Arbeit erschwere und verlangsame. Wenn so das Radikalmittel des Respirators sich praktisch als unbrauchbar erweist, so bleibt nichts anderes übrig, als andre Vorkehrungen bei dem Arbeitsprozeß zu treffen und jede unnötige Staubentwicklung zu vermeiden.

Daß auch alle späteren Versuche mit dem Respirator fehlschlagen, beweist ein Bericht der deutschen und englischen Fachblätter:

Vor kurzer Zeit hat die Londoner Kunstgeellschaft einen Preis ausgeschrieben für die Konstruktion eines brauchbaren Respirators. Es haben sich 60 Bewerber gemeldet, aber kein einziger der vorgelegten Apparate hat den gestellten Anforderungen entsprochen und so konnte der ausgeschriebene Preis von 400 Mk. niemandem zuerkannt werden.

## Rundschau.

**Auf dem Wege zum allgemeinen Landestarif.** Der Zentralvorstand des Steinsetzerverbandes erhielt nachstehendes Schreiben:

Innungsverband: Berlin, 2. Mai 1906.  
Bund deutscher Steinsetzer-Innungen, Berlin.

An den Zentralvorstand des Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.  
Der Vorstand des Innungsverbandes „Bund deutscher Steinsetzer-Innungen“ hat in seiner am 27. 2. 1906 zu Halle a. S. abgehaltenen Sitzung beschlossen, eine Verhandlung mit dem Vorstand des Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands auf dem Verbandstage zu Halle a. S. am 23. Mai 1906 darüber stattfinden zu lassen, in welcher Art und Weise gemeinsam für die Regelung und Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Steinsetzergewerbe gewirkt werden könnte.

In Ausführung dieses Beschlusses fragen wir ergebenst an, ob Wohlwörter gewillt ist, diesem Beschlusse zu entsprechen, und ersuchen, gegebenenfalls diejenigen Personen zu benennen, welche an der Verhandlung zu Halle teilnehmen werden.

Wir bemerken noch, daß diesseits beantragt werden wird, diesen Punkt als ersten der Tagesordnung des zweiten Sitzungstages zu erledigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Innungsverband  
„Bund deutscher Steinsetzer-Innungen zu Berlin.“  
Der Vorsitzende: Der Verbandssekretär:  
Eduard Dröge. Kupper.

Der Zentralvorstand unserer Brudervereinigung wird selbstverständlich dieser Einladung entsprechen. Im Steinsetzerverband sind schon weit über 70 Tarife zum Abschluß gekommen, und die Gültigkeit derselben über größere Lohnbezirke schon längst erreicht.

**Deutsch-schwedischer Handelsvertrag.** Ueber den Inhalt des deutsch-schwedischen Handelsvertrags wird berichtet: Von deutscher Seite wird Schweden der Mitgenuß der in den deutschen Handelsverträgen mit andern Ländern gemachten tarifmäßigen Zugeständnisse eingeräumt. Ferner gibt Deutschland noch einige besondere Konzessionen, indem z. B. für Pflastersteine die Zollfreiheit wieder hergestellt wird, und für hölzerne Fensterrahmen, Türen, Treppen, für Klappen usw. Zollermäßigungen gewährt werden, die jedoch noch immer einen wesentlich stärkeren Zollschutz unserer Waren als vor dem 1. März darstellen. Schweden gewährt außer der Meistbegünstigung eine größere Anzahl wertvoller Zollherabsetzungen, z. B. für seidene und halbseidene Gewebe und Bänder, für gewisse Papierwaren, für Goldgepinstwaren, für Spielzeug, für Tinten, für Nähmaschinen, feine Lederschuhe, lebende Gewächse usw. und bindet für alle wichtigeren Artikel der deutschen Ausfuhr seinen Tarif. Schweden hat ferner das für die deutsche Eisenindustrie besonders wichtige Zugeständnis gemacht, daß während der Dauer des Vertrags, die auf fünf Jahre bemessen ist, kein Ausfuhrzoll auf Eisenerz gelegt wird.

Was werden jetzt die deutschen Steinindustriellen sagen, wenn alle ihre Mühe umsonst war, einen hohen Pflastersteinzoll zu erlangen. Unsere Stellungnahme über die Pflastersteinzollfrage haben wir in diesem Blatte eingehendst auseinandergesetzt.

**Submissionsunfug.** In kürzester Zeit soll mit dem Bau des Betonwehres an der Talsperre Mauer, Kreis Löwenberg i. Schl., begonnen werden. Zum Zweck der Verdingung fand vor dem königl. Wasserbauinspektor Bachmann in Mauer am 18. April Submissionstermin statt, zu dem neun Unternehmer erschienen waren und ihre Angebote abgaben. Das niedrigste Angebot betrug rund 230 000 Mk., das höchste rund 660 000 Mk.

Differenz 430 000 Mk. Bei solchem Angebote kommt man zu dem Zitat in Goethes Faust: „Dum alledem wird mir so dumm, als ging mir ein Mührlad im Kopfe herum.“

**Der Konsument muß zahlen.** Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit Maßnahmen, die angesichts der Erhöhung der Brausteuer nötig sein werden. Es wurde einstimmig beschlossen, von Inkrafttreten der Brausteuer an den Bierpreis innerhalb des Berliner Wirtschaftsgebietes um 2.50 Mk. pro Hektoliter zu erhöhen. Ein ähnlicher Beschluß ist in Köln und Leipzig gefaßt worden.

**Eine technische Fachzeitung** für die organisierten Holzarbeiter wird ab 15. Mai vom Holzarbeiterverband herausgegeben. Das Fachblatt für Holzarbeiter, so ist der Titel der neuen Zeitschrift, soll sich ausschließlich in den Dienst der fachgewerblichen Aufklärung und Fortbildung stellen. Es soll Verständnis für neue Arbeitsmethoden, für die technischen Umwälzungen, deren Zeuge wir sind, für die Entwicklung und Umwälzungen im Kunstgewerbe der Gegenwart verbreiten und den Holzarbeiter zu einem bewußten Werkzeug dieser Kunstentwicklung machen. Selbstverständlich sollen alle kleinlichen und zünftlerischen Interessen von ihm ferngehalten werden. Zweifellos wird für viele Holzarbeiter diese neue Zeitschrift eine begehrenswerte Lektüre sein.

**Zentriertes.** Der Zentrumsabgeordnete Baron v. Pfetten hat nach einem Zeitungsbericht in einer christlichen Versammlung zu Regensburg gesagt: „Die Arbeiter müssen froh sein, daß sie von den Brotgebern noch so geduldet werden und Arbeit bekommen; es sei halt so, daß nur der Intelligente es heutzutage zu etwas bringt, Arme und Reiche hat es von jeher gegeben.“ Die Worte bedürfen keines Kommentars.

Zur Einsicht gekommen ist ein Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes, der an die Zahlstelle Grünberg des Zentralverbandes der Maurer nachstehenden Brief sandte:

Lieber Kollege!

Ich erlaube mir, Dir einiges über meine Person mitzuteilen. Vor kurzer Zeit schrieb ich, daß ich aus dem Zentralverband ausgetreten sei, ich messe Dir aber die Schuld zu. Denn Deine Pflicht wäre es gewesen, mir jungen Kollegen die richtige Anschauung über Deinen Verband darzulegen. Mir zu sagen, daß es sich für mich als Handwerker doch bloß darum handelt, meine wirtschaftliche Lage zu heben. Lieber Kollege! Ich habe jetzt die Erfahrung gemacht, daß der christliche Verband meine wirtschaftliche Lage nicht fördern kann. Du wußtest ganz gut, daß ich mich bis dahin nur in christlichen Kreisen aufgehalten hatte und niemals an die wirtschaftliche Lage gedacht hatte. Ja, Du wirst sicher gewußt haben, daß der christliche Verband nur die Interessen unserer Gegner fördert, das alles hättest Du einem jungen Kollegen beim Austritt aus einem nach Licht und Recht strebenden Verband auseinandersetzen müssen. Falls Du und die Mitglieder des Zweigvereins geneigt sind, mich wieder in ihre Reihen aufzunehmen, werde ich mit aller Energie für die Interessen Deiner Organisation eintreten.

Dieser Brief mag als symbolisches Zeichen gelten, beweist er doch aufs neue, daß ein denkender Arbeiter sich von der christlichen Arbeiterzersplitterung abwenden muß. Hoffentlich wird er noch recht viele Nachfolger finden.

**Gern gesehen!** Im Magdeburger Generalanzeiger sucht die Firma August Böhmer u. Cie Arbeitswillige. Das Inserat lautet folgendermaßen:

Tüchtige Schlosser, Brückenbauer, Dreher, Tischler, Hofarbeiter usw.

Dauernde Stellung. Guter Lohn. Bedingung: Dürfen nicht sozialdemokratischer Organisation, z. B. Metallarbeiter-Verband, angehören, solche werden prinzipiell ausgeschl. Gern gesehen: Girsch-Dunder oder Verband reichstreuer Arbeiter. Meldung Arbeitsnachweis, Bahnhofstraße Nr. 31.

Also, gern gesehen sind Girsch-Dundersche und reichstreue Arbeiter. Das wäre also schon wieder einmal ein schlagender Beweis dafür, daß der Gewerksverein S.-D. die Geschäfte des Unternehmertums besorgt.

**Gegen die Mannheimer Volksstimme** haben nicht weniger als 44 Streikbrecher eine Beleidigungsflagge angestrengt. Es ist eine alte Sache, daß Leute, die unter ihren Klassen-genossen das Gegenteil von Achtung genießen, diesen Mangel vor Gericht zu reparieren suchen.

## Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Berlin II.** Das Buch des Schleifers Franz Schönling, geb. am 20. Januar 1884, organisiert seit dem 1. August 1903, ist verloren gegangen. Willy Meuser.

**Hildesheim.** Sämtliche durchreisende Kollegen haben sich, ehe sie umfahren gehen, erst beim Vorsitzenden Röder, Goshenstraße 12, II, zu melden.

**Neustadt a. Saardt.** Das Buch Nr. 36680, auf den Namen des Steinmeßers Johannes Böhm lautend, ist verloren gegangen. Vor Mißbrauch wird gewornt.

## Adressen-Änderungen.

(Bei der Einfindung von Adressenänderungen müssen wir dringend um deutliche Schrift bitten.)

**Berlin II.** Da der Vorsitzende auf längere Zeit verreist ist, so führt die Geschäfte Hermann Wolf, Kolonnenstr. 43, IV. Bei Zuschriften ist dieses besonders zu beachten.

**Mühlhausen (Els.)** Vorsitzender: Georg Friedler, Mühlbacher Str. 158, Kassierer: Karl Kölmel, Kolmarstr. 126.

**Crawinkel i. Thür.** Vorsitzender: Rupert Lütthi, Werkplatz Plöger

**Eisenbach-Obernburg.** Vorsitzender: Kaspar Frank.

## Quittung.

Eingegangene Gelber vom 7. bis mit 12. Mai 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Erbschaftsmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gebühbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbfisken, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Hannover (Postmann), B. 20.—; Prenzlau, B. 1.30; Donau-erschingen, B. 2.85; Dürkheim, B. 178.36, E. 4.—, D. 13.50, Z. 2.50; Verbersdorf, B. 30.16, E. 2.50; Blauberg, B. 84.—; Hamburg I, B. 256.—; Konstanz, B. 56.—, Ins. 1.30; Kirchberg, D. 5.—, Z. 30.—, St. 0.75, F. 0.50; Königslutter, B. 50.88, E. 5.50, D. 8.—, H. 2.50, St. 1.50, Br. 1.—, F. 0.50; Reiffenhausen, B. 42.—; Wirsberg, B. 56.—, E. 2.—, D. 0.75, Z. 3.50, H. 2.50, St. 1.50, Br. 1.—, F. 0.50; Leipzig (Kunad), B. 7.20; Croffen, B. 4.29; Bochum, B. 4.—; Stade, B. 5.10; Detmold, B. 4.85; Ueberlingen, B. 8.40, D. 0.25, Z. 1.—; Striegau, B. 834.56, E. 18.—, D. 88.—, Z. 6.50, Ab. 1.20, Ins. 1.35; Seeburg, B. 32.—, E. 1.—, Z. 4.—; Metten, B. 70.—, E. 27.50; Klagenmünster, B. 14.—, E. 1.—, D. 3.50; Heilbronn, B. 84.—, Z. 0.50; Göttingen, B. 56.—, E. 3.50, Ers. 0.50, D. 0.25; Erfurt, B. 100.—; Dresden, B. 200.—; Köln I, B. 192.—, D. 25.—; Chemnitz, B. 160.—; Schönberg, B. 33.65, D. 1.25; Sackisch, B. 112.—, Ers. 2.50, D. 12.50; Hörterfel, B. 80.—; Demitz-Thumitz, B. 224.—, E. 17.—, Ers. 0.75, D. 9.25, Z. 2.50; Bremen II, B. 128.—, D. 15.—, Futterale 1.—; Altkünigingen, B. 11.20, E. 3.50, Ers. 0.25, D. 3.—, Z. 6.—, H. 2.50, St. 1.50, Br. 1.—, F. 0.50; Döbeln, B. 5.45; Müllhausen i. El., B. 130.36; Leimen, B. 52.—; Falkenstein (Azt), B. 9.35; Gößnitz, B. 2.65; Lahr (Roth), B. 1.60; Waldheim, B. 10.60; Leipzig II, B. 64.—, D. 6.25; Falkenstein (Seidel), B. 25.90; Mühlgrün, B. 4.30; Tostedt, B. 16.45; Wulsdorf, B. 7.—; Marktkeuthen, B. 32.40, Z. 9.50; Neufürden, B. 40.88, E. 3.50, D. 9.50, Z. 8.50; Otterberg, B. 47.60, E. 3.—; Wlagwitz-Löwenberg, B. 100.—; Seußen, B. 154.—, E. 2.—, D. 33.—, Ins. 1.35; Eßlingen, B. 63.56; Unsen, B. 140.—, E. 10.—, D. 12.50; Altenbach, B. 68.—, D. 6.—; Grimma, B. 112.—, E. 5.50, D. 4.75; Niederehendig, B. 3.20.

Ludwig Geist, Kassierer.

## Briefkasten.

**R. M.** Der Mitarbeiterbericht ging hier am 9. Mai ein; wir liegen denselben in den Ortus verschwinden. Wir hoffen, daß unsere Berichterstattung in Zukunft etwas mehr Frigigkeit entwickeln. Wer zum schnellen Einlesen von Berichten usw. zu faul ist, mag seinen Schriftführerposten abgeben. — **Geigermüller.** Wird schwer etwas zu machen sein. Ein Brief von R. ging mir nicht zu. Werde aber recherchieren. — **Meißner, St.** Wegen der eingereichten Petition aus Diera sind sofort sachgemäße Recherchen einzuleiten. Ueber das Ergebnis ist der Redaktion dann schnellstens Bericht zu erstatten. — **Demitz, B.** Deine Entscheidung war richtig. — **Strehlen, Chemnitz zc. zc.** Die neuen Verbandsbücher sind im Druck, also noch etliche Tage Geduld; uns tut die Verzögerung leid. Durch die ungeheure Zunahme an Verbandsmitgliedern in den letzten Wochen ist der bisherige Bestand an Mitgliedbüchern völlig verbraucht. Diejenigen, die Bücher bestellen, mögen diesen Hinweis berücksichtigen. — **Palmbach.** Wenn der Betreffende Erbgefühl hat, so verläßt er den gesperrten Platz, kommt ihm das nicht in den

Sinn, so ist sein Ausfluß aus dem Verbande der beste Weg, um fragliche Angelegenheit zu entscheiden. — **Krefeld.** Straßenangabe nicht zu enträtseln.

## Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)



**Albert Baumann**

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende gratis!

**2 Gehilfen auf Grabsteinarbeit**

steht sofort eventuell später ein (Stundenlohn 40—45 Pfg.)

**K. Ebeling, Bildhauer**

Großheringen i. Thür.

**Ein Steinmetz**

tüchtiger Schriftbauer in Granit und Marmor kann sofort eintreten.

**Georg Hepp, Stettin**

Friedenstraße, am Bahndurchgang.

**4 tüchtige solide Granit-Steinmeßer**

oder Granit-Pflasterstein-Arbeiter

welche nachweislich schon besseres sog. Zyllopanmannerwerk von gegebenen Granitfindlingen hergestellt und mit Hilfe des Maurers verlegt haben, finden bei guter Bezahlung auf ca. 4 Wochen Beschäftigung.

Nur darin geübte Leute finden Berücksichtigung.

Schriftliche Angebote sind zu richten an

**Eugen Schmalowski**

Schöneberg-Berlin W, Hauptstr. 129.

**1-2 tücht. Steinmetzen**

auf Grabdenkmäler, welche auch Schrift hauen, stellt sofort ein (Winterarbeit)

**August Grawe, Steinmetzmeister**

Greifenberg (Pommern).

**10 Pflaster- und Bordsteinbauer**

finden lohnende und dauernde Arbeit bei

**O. Petzold, Steinbruch**

Gröna b. Bernburg.

**Drei tüchtige Granitschleifer**

für Maschinenarbeit finden dauernde Stellung. Verheiratete bevorzugt.

**Lübecker Granit-Industrie**

Töbeck & Passarge.

Am 15. April starb unser Kollege

**Joseph Teichmann**

im Alter von 29 Jahren an der Kehlkopfschwindsucht.

Ehre seinem Andenken!

1.35]

Zahlstelle Benda.

Am 27. April starb unser Kollege

**Franz Keller**

im Alter von 43 Jahren 4 Monaten. Ein Blutsturz machte

seiner langjährigen Lungenschwindsucht ein Ende.

Ehre seinem Andenken!

1.50]

Zahlstelle Meißner I.

Am 27. April starb nach dreijähriger Krankheit unser

Kollege

**Anton Haag**

im Alter von 52 Jahren 10 Monaten an der Berufsfrankheit.

Am 28. April starb nach dreijähriger Krankheit an der

Lungenschwindsucht unser Kollege

**Ludwig Hoog**

im Alter von 45 Jahren 9 Monaten.

Ehre ihrem Andenken!

2.40]

Zahlstelle Straßburg i. El.

Am 1. Mai starb nach langem Krankenlager unser

Kollege

**Ambros Lenz**

aus Pflaumbaum im 37. Lebensjahre an der Berufsfrankheit.

Ehre seinem Andenken!

1.50]

Zahlstelle Offenbach a. M.

Am 11. Mai starb unser Kollege, der Steinmetz

**Ernst Emil Grems**

im Alter von 31 Jahren an der Berufsfrankheit.

Am 11. Mai starb unser Kollege, der Steinmetz

**Karl Wilh. Mirsch**

im Alter von 44 Jahren an der Berufsfrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

2.10]

Zahlstelle Dresden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.